

Bezugspreis:

Wertsch. 4,75 RM. monatl. 1,25 RM. frei ins Haus, vorausgehender. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,25 RM. erst. Postumsgeb. Unter Kreuzband für Deutschland u. Österreich-Ungarn 0,30 RM. für das übrige Ausland 0,80 RM. bei jährlich einmaliger Zustellung 1,50 RM. Postumsgeb. nehmen an Dänemark, Holland, Litauen, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenspreis:

Die schlagfertige Nonparvella kostet 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 40 Pf. (einschl. 2 setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengröße und Schließensätze das erste Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungszeitung 50%, Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte - Anzeigen 80 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Unterstraße 4, ab gegeben werden. Schließt von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 6. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 95 65 u. 146 62.

Die Verfassung der deutschen Republik.

Zum Montag hat der Staatssekretär des Innern, Professor Dr. Hugo Preuß, nach dem Reichsamt des Innern eine Kommission hervorragender Kenner des Staatsrechts eingeladen, die über den der Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf einer Verfassung der Deutschen Republik beraten soll. Von der Reichsleitung werden die beiden Juristen Otto Landsberg und Hugo Haase an dieser Kommission teilnehmen. Nach vorläufiger Festlegung der ersten Grundzüge wird eine Konferenz der Vertreter der Einzelstaaten einberufen werden.

Die neue Geheimdiplomatie.

Friedensberatungen hinter den Kulissen.

Die französischen Sozialisten sind fort bestimmt, daß die alte gefährliche Unart, über das Geschick der Völker im Geheimen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu wärfeln, trotz aller schönen Erklärungen der Endentregierungen von diesen jetzt erneut wieder aufgenommen wird.

Wenigstens läßt sich dies aus einem Artikel Tschins in der „Humanität“ entnehmen, in dem erklärt wird, daß die alliierten Regierungen während des Krieges den Völkern verheimlicht hätten, der Krieg werde geführt, damit sie über sich selbst verfügen könnten. Man habe diese feierliche Verpflichtung ernst genommen. Allein die Diplomaten schten hinter den Kulissen ihr unheilvolles Werk fort. Weder die Kammer noch die Parlamentarische Versammlung wurden jemals über die diplomatischen Maßnahmen auf dem Laufenden gehalten. Gewisse Abmachungen wurden in den letzten Tagen heimlich einigen Deputierten und Journalisten mitgeteilt. Aber angesichts der brutalen Genfur sei es unmöglich, sie auch dem Lande bekanntzugeben. Dieser Zustand dürfe nicht länger geduldet werden. Man könne hoffen, daß der Krieg zu Ende sei und dürfe jetzt keine andere Sorge haben, als den direkten, definitiven Frieden sicherzustellen. Es werde aber immer klarer, daß nach dem Siege die alliierten Regierungen ihre Überprüfungen an die Völker vergessen haben. Man stehe zu einem Zerwürfungs-, Kanarions- und militärischen Frieden hinüber. Jeder Tag bringe einen neuen Beweis dafür. Man solle die Völker über ihr Schicksal befragen, statt dessen schide man sich an, bestiegte Völker zu zerstören. So werde 1918 wiederum die reaktionäre Politik des Wiener Kongresses vorbereitet. Alle Stimmen, die sich dagegen erhoben, werde man nicht mehr lange knebeln und alle ihre Proteste nicht mehr lange erstickten können.

Auch der „Populaire“ wendet sich gegen diese gefährliche Methode und erklärt, daß die französische Arbeiterschaft Wilson weiter unterstützen, „und unverändert Gerechtigkeit für die deutsche Demokratie, Gerechtigkeit für alle“ verlangen werde. Auch die „Gazette“ schließt sich in einem Artikel des Genossen Jouhaux diesem Gedanken an.

Weitere Deutschenausweisungen im Elsaß.

Bei der Brückenwoche von Neuenburg wurde wiederum eine größere Anzahl von Personen abgewiesen, die aus dem Oberelsaß kommen und von den Franzosen ausgewiesen waren. Sie geben an, daß alle Nichtelssässer und alle naturalisierten Elssässer interniert oder abgewiesen würden. Als Elssässer gelten für die französischen Behörden diejenigen, deren Väter Elssässer waren.

Die aus Straßburg ausgewiesenen Deutschen sagen übereinstimmend aus, daß sämtliches deutsches Geld bis zum 15. Dezember umgewechselt sein muß, wobei der Kurs der Mark für Elssässer auf 1,25 Franken, dagegen für Deutsche auf nur 80 Centimes berechnet wird.

Schutz den nationalen Minderheiten.

Die schwedische Partei und die Judenpogrome.

Stockholm, 6. Dezember. (Sig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Die schwedische Sozialdemokratie richtete folgenden Drahtappell an die sozialistische Partei Frankreichs: Sie können ohne Zweifel, die insamen Pogrome, die in Galizien freies Polen entzwei haben. Im Namen internationalen Sozialismus appellieren wir an die französischen Genossen, ihren ganzen Einfluss auf die öffentliche französische Meinung, die immer auf der Wacht für die Rechte unterdrückter Völker steht, und auf ihre Regierung auszuüben, um Wiederholung solcher empörender Massaker zu verhindern. In der gegenwärtigen Weltlage sind die Alliierten die einzigen, die die Möglichkeit und folglich auch die Pflicht haben, die nationalen Minderheiten gegen Verfolgungen, die eine Schwächung der Menschheit sind, zu beschützen. Im Namen des Parteivorstandes: Branting, Noellert. Im gleichen Sinne appellierte die Partei an die sozialistischen Parteien der anderen Entente-Länder.

„Unerhörte Grausamkeiten.“

Was geht in den besetzten Gebieten vor?

Vern, 5. Dezember. Das „Verner Tageblatt“ schreibt: Die Nachrichten, die zum Teil aus ententistischen Quellen aus dem besetzten deutschen Gebiete zu uns gelangen, sind herzerregend. Nachdem man die Welt vier Jahre lang mit zum Teil erfundenen deutschen Greueln gegen die „Barbaren“ ausgebracht hat, scheuen sich gewisse Träger der Zivilisation nicht, in den friedlichen Gebieten, die ihnen die Wilsonschen Bedingungen zur vorübergehenden Besetzung ausliefern, Ausschreitungen zu begehen, die härter und gewaltsamer sind, als man je den deutschen Truppen während des Krieges vorwerfen konnte. All dies geschieht nach Beendigung des Krieges bei Beginn der Friedensverhandlungen nicht etwa im Kaufsue der Kriegswut, am Beginn eines Feldzuges, sondern im Frieden. Man erstarbt, wenn man von solchen unerhörten Grausamkeiten liest, und man fragt sich, wie diejenigen, die jahrelang mit ihrer Propaganda von deutschem Groll hausieren gingen, nach diesen Untaten vor der Kulturwelt noch bestehen wollen.

Die Deutschen in Böhmen.

Böhmische Minderheiten einst und jetzt.

Man hat noch nicht vergessen, welche hartnäckigen Kampf die Tschechen im alten Österreich um die Respektierung ihrer nationalen Eigenart, um die Selbstbestimmung und gerechte Behandlung Böhmens geführt haben. Wir haben auch noch wohl in Erinnerung, welche harte Unterdrückung gerade die Arbeiterschaft diesem Kampfe gelitten hat. Und eben deshalb muß nun, wo die künftigen tschechischen Träume erfüllt und die Erhofftes errungen ist, verlangt werden, daß auch die Tschechen nicht blindlings ihre Macht zu einem Unrecht mißbrauchen, das sie selbst bisher energisch bekämpft haben. Was den Tschechen recht war, die Verletzung jeder mißbräuchlichen Gewalt gegen nationale Minderheiten, muß den Deutschen in Böhmen billig sein.

An Stelle der alten imperialistischen Unterdrückung der Völker muß die freie Selbstbestimmung der Nationen treten. Die Tschechen haben aber ein Landesgebiet beansprucht, das mehrere geschlossene deutsche Sprachgebiete umfaßt. Das größte schließt an Sachsen an, ein zweites reicht von Schlesien bis in den nördlichen Teil Böhmens, ein drittes bildet das deutsche Südböhmen und ein viertes das deutsche Südmähren. Es geht nicht an, diese großen Gebiete ihres historischen Rechtes für verlustig zu erklären und ein neues historisches Recht durch Nachspruch zu schaffen. Es widerspricht insbesondere dem Geiste, in dem die Tschechen bisher gekämpft haben, wenn für 2 1/2 Millionen Deutsche das Selbstbestimmungsrecht ausgelöscht werden soll. Die 2 1/2 Millionen Deutschen Böhmens betrachten sich, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, als Bestandteil der freien deutschen Republik und wehren sich mit heiligem Rechte gegen Übergriffe der tschechoslowakischen Truppen auf deutsch-böhmischem Gebiet.

Sie bekämpfen jeden Imperialismus und fühlen sich jetzt ganz in der Rolle, die bisher die Tscheche spielen mußten. Und wenn Bestimmung und nächsteres Berechtigungsgefühl bei den Tschechen zurückkehrt, kann der Frieden in Böhmen dauerhaft werden.

Reichenberg, 5. Dezember. Das Projekt der Landesregierung für Deutsch-Böhmen lautet: Als Protest gegen die Gewalttätigkeiten der tschechoslowakischen Truppen in Deutsch-Böhmen und gegen das Verlangen der Tschechen, daß sich die Eisenbahner Deutschböhmens der tschechischen Regierung unterwerfen sollen, veranstalteten die Eisenbahner Deutschböhmens heute eine Demonstration. An sämtlichen Linien der Eisenbahnen Deutschböhmens ruhte von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends der Verkehr. In Reichenberg fand eine von mehr als 3000 Eisenbahnern besuchte Versammlung statt.

Belagerungszustand in Hohensalza.

Hohensalza, 6. Dezember. Über Stadt und Kreis Hohensalza ist der Belagerungszustand verhängt worden. Bis auf weiteres sind sämtliche Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte geschlossen. Leibes hat die tschechische Schierei noch ein weiteres Opfer gefordert.

Schneller Einmarsch in Deutschland.

Haag, 6. Dezember. Holländisch Kriegsamt meldet aus London: Die alliierten Armeen rücken schnell in Deutschland vor. Die tschechischen Truppen überschritten die Elbe und marschieren in Richtung auf Köln, von dem sie noch etwa 40 Meilen entfernt sind. Die Amerikaner sind in Trier eingerückt und ziehen das Mosellal entlang in Richtung auf Koblenz.

Die Vorgänge in Elsaß-Lothringen.

Genosse Emil Fischer, bisher Redakteur der „Freien Presse“ in Straßburg, der gestern in Berlin eingetroffen ist, schreibt uns:

Mit dem Einzug der französischen Truppen in Elsaß-Lothringen haben auch die meisten Elsaß-Lothringer ihre Waffen fallen gelassen. Der Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte lediglich ist es zu verdanken, daß die deutschen Truppen ungehindert das Land verlassen konnten. Wiederholt verlangten einzelne Soldaten ihre Waffen zurück, da sie sich vor der aggressiven Haltung eines großen Teiles der elsass-lothringischen Bevölkerung fürchteten und auch Veranlassung dazu hatten. Dem besonnenen Verhalten der Arbeiter- und Soldatenräte gelang es jedoch, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Mit dem Einzuge der französischen Soldaten hörte die Existenz der Soldatenräte auf. In Straßburg traten die im Lande verbliebenen Mitglieder des Soldatenrates in den Arbeiterrat über. Der Arbeiterrat wurde jedoch von der französischen Verwaltung aufgelöst und einige Tage darauf mehrere deutsche Mitglieder des Arbeiterrates, die Gewerkschaftsführer Rebholz, Schulenburg, Biegler und Parteisekretär Eckhardt, verhaftet. Die Verhaftung erfolgte angeblich unter dem Vorwande, die Rechnungslegung des Arbeiter- und Soldatenrates zu prüfen, in Wirklichkeit jedoch, weil die französische Regierung Angst vor einer revolutionären Bewegung hat, als deren Träger sie die deutschen Partei- und Gewerkschaftsbeamten betrachtet.

Von Tag zu Tag sah man an allen Maßnahmen der französischen Verwaltung deutlich, daß ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, die deutsche Gewerkschafts- und Parteibewegung zu zerstören. Der Oberkommissar Maringer, der dieselben Funktionen ausübt, wie früher der Statthalter, ließ erklären, daß im Vorstand der Gewerkschaften keine Deutschen sein dürften. Wer die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen kennt, weiß, daß damit das Todesurteil über fast alle Gewerkschaften gesprochen ist, denn fast alle Gewerkschaftsbeamten und tätigen Mitglieder sind alldentscher Herkunft. Neben den oben erwähnten Verhaftungen und dem Verbot der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung verfügte die französische Verwaltung dieser Tage noch über zwei weitere Maßnahmen. So mußten der Arbeitersekretär Bortenkirchner, der Leiter des Bauarbeiterverbandes Boigt und der Gewerkschaftsbeamte der Malerorganisation Vanderberg und ich binnen 24 Stunden das Land verlassen. Die Möbel mitzunehmen wurde den per Schub über die Rheinbrücke Verbrachten untersagt.

Reizten hier die Franzosen, daß sie sehr schnell einzugreifen wissen, so bewiesen sie bei Willkürungen deutscher Geschäftsleute eine wahre Kommissarhaft. Am hellen Tage zogen Truppen halbwüchsiger Burschen, denen sich Angehörige des schaulustigen und schadenfrohen Bürgertums angeschlossen, vor deutsche Geschäftshäuser und holten unter Befehle die Fahnen, die diese Geschäftsleute aus Angst herausgesteckt hatten, herunter. Nachts zogen dann wieder plünderungsbefähigte Truppen durch die Straßen, schlugen die Schaufenster von deutschen Geschäftsleuten ein und stahlen große Posten der Ware. Das Zigarrengeschäft des sozialdemokratischen Abgeordneten Böhle wurde in der Nacht nach dem Einzuge des Marschalls betäubt und es wurde für 25000 M. Ware geraubt und Böhle selbst verwundet. Diese Tat zeigt am klarsten die augenblickliche Stimmung der elsass-lothringischen Bevölkerung, denn Böhle war gerade der Abgeordnete, der sich mit Mut und Eifer der elsass-lothringischen Flüchtlinge und Soldaten annahm und im Reichstage von offener Tribüne herab das ungeliebte deutsche Mittelsystem in Elsaß-Lothringen geißelte. Tagelang konnte der Mob sich austoben, ohne daß es der französischen Herrschaft eingefallen wäre, diesem schändlichen Treiben durch irgendein Verbot Einhalt zu gebieten.

Die französische Verwaltung kennt in Elsaß-Lothringen nur zwei Bevölkerungsbildungen, nämlich Franzosen und Ausländer. Franzosen sind alle diejenigen, die von Einwanderern, welche vor 1870 im Lande wohnten, abstammen. Ausländer sind diejenigen, die nach 1870 eingewandert sind und deren Nachkommen, selbst wenn diese im Lande geboren. Auch alle naturalisierten Elsaß-Lothringer werden als Ausländer angesehen und behandelt. Welche Wirkung das hat, zeigt sich durch eine in den letzten Tagen herausgegebene Verordnung des französischen

Ministerpräsidenten Clemenceau betr. Aufhebung des deutschen Geldes. Am 16. Dezember wird das deutsche Geld außer Kurs gesetzt. Für 1 Mark werden 1 Frank und 25 Centimes gezahlt. Jedoch erhalten für 1 M. 1 Frank 25 Centimes nur die Altbesitzer und Angehörige neutraler und alliierter Staaten. Alle anderen Einwohner, also alle Deutschen und naturalisierten Eltsäfer, erhalten für 1 Mark 60 Centimes. Mit dieser Geldpolitik sucht man sich als wahrer Befreier und Sönnner der Eltsäfer und Lothringer aufzuspielen; daß das dafür herausgegebene Geld nicht aus Frankreichs Tasche kommen wird, liegt für jeden Einsichtigen klar auf der Hand. Um jeden deutschen Einfluß zu entfernen hat die französische Regierung auch alle Gemeinderäte, die 1914 auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählt waren, aufgelöst. Die elsäß-lothringischen Stadtverordneten behielten ihre Mandate, während für die deutschen Stadtverordneten einfach französisch gesinnte Bürger ernannt wurden.

Mit den französischen Truppen war auch der Abgeordnete von Metz, Kapitän Weil, zurückgekehrt, der an die Studenten eine flammende Ansprache hielt.

So machen die Franzosen in Eltsäß-Lothringen reinen Unsch. Ihr Hauptbestreben ist, das Deutschtum auszurotten und daneben die gewerkschaftliche und politische Bewegung niederzuhalten. Das Schanzengeld einzelner eltsäßischer „Genossen“, die mit Einzug der französischen Truppen sofort blau-weiß-rote Kokarden anstakten und „Vive l'armée!“ riefen, Marschall Petain und Hoch ein dutzendmal hochleben ließen usw., nützt diesen „Genossen“ auch nichts. Wie wenig die Franzosen auf die elsäß-lothringische Sozialdemokratie geben, geht schon daraus hervor, daß kurz vor Eintreffen von Poincaré und Clemenceau der Straßburger Gemeinderat infolge der Auflösung eine Neuwahl des Bürgermeisters (der augenblickliche Maire von Straßburg war der Sozialdemokrat Perrot) vornehmen mußte und es hierbei nach den französischen Intentionen gelang, einen bürgerlichen Maire zu wählen. So brauchen den Poincaré und Clemenceau sich im „wiedereroberten“ Straßburg nicht von einem Sozialdemokraten empfangen zu lassen.

Alles deutet darauf hin, daß der französische Militarismus der proletarischen Bewegung den Garauß zu machen versucht, genau so wie Bismarck nach dem 70er Krieg in Deutschland. Nur wenn sich die elsäß-lothringische Sozialdemokratie rückhaltlos zu den Grundfragen der internationalen Sozialdemokratie bekennt und in diesem Sinne arbeitet, kann sie bestehen. Dann wird sie auch ein Bindeglied zwischen dem französischen und deutschen Proletariat sein und in der Internationale eine segensreiche Rolle spielen können. Von der Energie und dem Klassenbewußtsein der derzeitigen Führer der sozialistischen Massen in Eltsäß-Lothringen hängt unendlich viel ab. Nur wenn sie der augenblicklich im Lande wogenden Nationalistenwelle einen Damm setzen, können sie die Brücke zwischen Deutschland und Frankreich und damit auch zum großen Völkerbund bilden.

Beginn der englischen Wahlen.

Amsterdam, 5. Dezember. (LX) Die bisher vorliegenden Ergebnisse der englischen Wahlen lassen erkennen, daß die Koalition den Erwartungen gemäß eine gewaltige Mehrheit erzielen wird. Gemeinhin wird es, daß von den Wahrscheinlichkeiten aus Irland hervorgeht, daß die Nationalisten von den Sinnfeinern aus den Hintergrund gedrängt wurden. Bisher ist das Verhältnis zwischen Sinnfeinern und Nationalisten ziemlich gleich. Unter den gewählten Sinnfeinern befinden sich die beiden namhaftesten Führer der Bewegung, De Valera und Graf Plunkett.

Aus London wird gemeldet, daß die Friedensbedingungen den Kernpunkt der englischen Wahlkampagne bilden. Eine ganze Reihe von Kandidaten ist dazu übergegangen, die Forderung eines risikolosen Gewaltfriedens an die Spitze ihres Programms zu stellen. Die Kandidaten der Koalition haben sich hinsichtlich der Friedensbedingungen zum größten Teil auf die Formel geeinigt: Verstrafung der Hohenzollern, voller Ersatz für alle Kriegsschäden, Ausweisung aller Deutschen aus England.

Amsterdam, 5. Dezember. (LXI) Aus London wird gemeldet: Unter den Kandidaten für die Wahlen befinden sich 580 Koalition-

kandidaten, von denen 235 den Nationalisten und 235 den Liberalen angehören, die übrigen sind Arbeiterkoalitions- und Unabhängige Koalitions-kandidaten. 270 Liberale bekämpfen die Koalitions-kandidaten. Bis jetzt sind 40 weibliche Kandidaten aufgestellt. Die 105 irischen Sitze werden von 57 Nationalisten, 10 Sinnfeinern und 38 Unionisten besetzt. Balfour ist für die City of London gewählt, Frau Hope, die gegen Asquith in Gwent kandidieren sollte, gelang es nicht, als Kandidatin aufgestellt zu werden. Gestern abend um 8 Uhr waren ohne Gegenkandidaten gewählt: Koalitionsunionisten 41, Koalitionsliberale 23, Arbeiterpartei 11, Nationalisten 1, Sinnfeiner 23. Unter den ohne Gegenkandidaten Gewählten befinden sich auch die Führer der Sinnfeiner, Plunkett und De Valera.

Steuern sind unverändert weiter zu zahlen.

(Amst.) Unter den Steuerbetreibenden scheint die sonderbare Auffassung verbreitet zu sein, als beeinflüsse die politische Neugestaltung im Reich und in den Einzelstaaten die Pflicht zur Steuerentrichtung. Diese Auffassung ist selbstverständlich völlig ungerichtet. Alle Steuern sind unverändert weiter zu zahlen. Die Steuerbehörden haben Anweisung erhalten, mit besonderem Nachdruck für pünktlichen Steuerertrag zu sorgen.

Das gilt insbesondere auch für die am 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuer und deren wichtigsten Bestandteile die Luxussteuer. Die sozialpolitisch wesentlichen Pläne des Ausbaus dieser Steuer lassen es dringend notwendig erscheinen, daß die Veranlagung der Steuer in ihrer jetzigen Gestalt so sorgfältig als möglich erfolgt. Vor einer lässigen Befolgung der Bestimmungen über den Buchführungszwang kann nur gewarnt werden; sie würde für die Beteiligten die im Gesetz androhten ersten Folgen haben. Weiter sei die Aufmerksamkeit der Steuerbetreibenden, insbesondere der Großbetriebe, darauf gelenkt, daß nach Friedensschluß die vom Reichstag in die Umsatzsteuer eingefügte Vorschrift über die Verbelastung der gemischten Unternehmungen (§ 7) in Kraft tritt. Ueber die Durchführung dieser Vorschrift werden zurzeit Gutachten der amtlichen Berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handwerk und Handel eingeholt.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt-Schiffers.

Für frühere Wahlen zur Nationalversammlung!

Odenburg, Anhalt, Rheinland-Westfalen.

Die Festsetzung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung hat nicht alle Wünsche interessierter Kreise erfüllt. So überreicht unter dringlichster Verifizierung, das Direktorium des Freistaats Odenburg einen vom odenburgischen Landtag einstimmig angenommenen Antrag auf Festsetzung der Nationalversammlungswahlen in kürzester Frist, damit das öffentliche Leben in Deutschland wieder in geordnete Bahnen gelenkt und eine Vertretung geschaffen werde, die berechtigt sei, für Deutschland Frieden zu schließen.

Ebenso hält der Staatsrat für Anhalt den 16. Februar für zu spät und empfiehlt, durch Abkürzung der Fristen und vereinfachte Vorschriften die Wahl spätestens bis Mitte Januar zu ermöglichen, da eine hinausgeschobene Wahl die Reichssicherheit gefährde und die Friedensschwierigkeiten erhöhe.

Auch aus Rheinland und Westfalen, so von sämtlichen erreichbaren Handelskammern und von der Stadtverordnetenversammlung in Köln, wird einstimmig tunlichste Beschleunigung der Nationalversammlung verlangt, damit die Einheit des Reichs nicht durch separatistische Bestrebungen gefährdet werde.

Württembergische Wahlordnung.

Das ganze Land ein Wahlbezirk.

Der württembergische Staatsanzeiger veröffentlicht die Wahlordnung für die verfassunggebende württembergische Landesversammlung. In ihr müssen 150 Abgeordnete in einem Wahlbezirk für das ganze, einen einheitlichen Wahlbezirk bildende Land auf dem Wege der Verhältniswahl gewählt werden. Die Wahlhandlung findet im ganzen Lande am Sonntag, den 26. Januar, statt.

Kein sechstes Stockwerk!

Unter der Überschrift „Voll und Besinnung“ brachte der „Vorwärts“ vom 3. Dezember abends Auslassungen des Architekten Schaub. In diese knappen folgende Gedanken an deren Einwand gegen die Forderung der Freigabe des sechsten Stockwerks grundsätzlich angebracht ist.

Wir scheint es notwendig, den an sich begrifflichen Wünschen des Herrn Architekten Schaub in einem wichtigen Punkte zu widersprechen. Ich nehme an, daß Herr Schaub bei dem Drange, dem arg daniederliegenden Baugewerbe sowohl, als auch den zahlreichen, gegenwärtigen untätigen Kräften der Architekturwelt schnellstmöglich wieder auf die Beine zu helfen, wohl unbedacht gefaßt hat, daß die Bodenreform in der nunmehr einsetzenden Entwicklung des großen allgemeinen sozialistischen Programms eine bedeutsame Rolle spielen wird. In diesem Zusammenhang betrachtet, wäre der Wunsch des Herrn Schaub, jetzt endlich auch das sechste Stockwerk freizugeben und die behaubaren Grundstücksflächen noch ergiebiger auszunutzen, nicht nur verfehlt, sondern wohl auch kaum vereinbar mit dem Grundgedanken, daß bei dem gegenwärtigen Auf- und Ausbau gesunder, volkshygienischer und sozialwirtschaftlicher Zustände viel Licht, viel Luft und viel Raum in der Breite, nicht aber in der Höhe angestrebt werden soll. Die weiteste Ausnutzung des Raumes in der Höhe war nach den bis jetzt noch geltenden baulichen und finanzpolitischen Rechtsverhältnissen das Streben bei Ausführung aller großstädtischen Wohn- und Industriegebäude. Die heutige Großstadt, überall auf der Erde, ist das Zwangsprodukt der Politik des Großkapitals. Sie ist, von zahllosen Gesichtspunkten aus betrachtet, keinesfalls ein zugehörtener Zustand, weil sie die Ursache unendlich vieler Unmoral auf sittlichem, politischem und wirtschaftlichem Gebiete ist.

Wenn man sich vorstellt, daß das wirtschaftspolitische Programm der Sozialdemokratie schon vor 1000 Jahren oder noch früher Wirklichkeit geworden und dann bis heute erhalten und weiter entwickelt worden wäre, so wäre mannermehr eine Großstadt von heute gegliedert worden. Es wären alle Industrie- und Bevölkerungszentren, soweit solche überhaupt entstanden wären, gleichmäßig in die große, gesunde, luftige und behagliche Breite gewachsen und weder ein sechstes, noch ein fünftes, oder auch nur ein viertes und drittes Stockwerk im heutigen Sinne hätten darin irgendwelche Berechtigung gehabt. Da nun aber die allgemeine Entwicklung diesen wünschenswerten Verlauf leider nicht genommen hat, da es vielmehr beim 20. Jahrhundert vornehmlich geblieben war, die als ungesund und mithin als unmoralisch erkannten allgemeinen Zu-

stände langsam, aber zielbewußt und konsequent aus der Welt zu schaffen und durch bessere zu ersetzen, so wäre es völlig inkonsequent, die vielen Uebel der Großstadt noch durch das herbeigeführte sechste Stockwerk und durch eine noch gedrängtere Bauweise um einige weitere große Mängel zu vermehren. Es steht zu hoffen, daß eine künftige Bodenpolitik es bald ermöglichen wird, dem Arbeiter, dem selbständigen Handwerker, Beamten und Geschäftsmann usw. schnell und bequemerreichbare, gesunde und billige Wohnstätten in der Nähe der nun einmal vorhandenen Großstädte oder Industriezentren zu verschaffen. Dieselbe erteilte Bodenpolitik in Verbindung mit einer gerechten und zweckmäßigen Finanz- und Steuerpolitik würde dann auch zur weiteren Folge haben, daß die dann mehr und mehr zu reinen Geschäfts- und Industriezentren sich automatisch entwickelnde eigentliche Stadtzentrale aus leicht erkennbaren Gründen kein sechstes Stockwerk mehr erscheinen wird. Es bleibt sogar ernstlich zu hoffen, daß in einer nicht mehr zu fernem Zeit, im Gegensatz zu dem Wunsch des Herrn Schaub, in den Großstadtzentren durch Eingrenzung vieler ungesund eng beieinanderstehender Häuserblöcke, an deren Stelle freie Plätze mit Baumbeplantung gesetzt werden müßten, dem wertvollen Volke mehr Licht, mehr Raum und mehr Luft zum freien Atmen geschaffen werden möge.

In weiterem Verfolg dieses Gedankens würde dem Baukünstler und dem Bauhandwerker ein ungeheuer großes Gebiet für eine segensreiche, befriedigende und die Großstadtbevölkerung beglückende Tätigkeit zur Verfügung stehen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle auch die interessierten Künstler und Bauhandwerker beschreiben ermahnen, nicht etwa aus ihrerseits übersehene Vorschläge und Maßnahmen zu treffen, welche letzten Endes geeignet sind, das wohldurchdachte, allgemeine große Sozialisierungswerk unserer neuen Regierung gleich im Anfang in nichtgewollte Bahnen zu lenken. Wenn Herr Adolf Hoffmann sagt: „Jede von jedem Gängelband soll sich die Kunst einfallen lassen.“, so möchte ich Herrn Schaub erwidern, daß dies Wort, wohl nur am grauen Saal zu verstehen, bei der Baukunst nur bedingt zu halten sein wird, denn in dieser Kunst haben nicht nur die frei schaffenden Künstler, sondern auch das Volk und deshalb auch die — hoffentlich künftige recht gnädige — Baupolizei ein wichtiges Wort mitzureden. So ein ganz zierliches und zartes „Gängelbändchen“ werden sich deshalb die Baukünstler wohl schon gefallen lassen müssen. Mögen sich deshalb unsere schaffensfreudigen jungen Architekten nicht nur zu freien Künstlern, sondern zugleich auch zu wirklichen Volkswirtschaftskünstlern schnell entwickeln.

In diesem Sinne: Frisch ans Werk! Fort mit dem schlechten Alten! Luft und Sonne braucht das gesamte Volk auf jedem Gebiete.

Hans Werner.

Reichskonferenz der Unabhängigen.

Um die Nationalversammlung.

Die Parteileitung der Unabhängigen hat für den heutigen Tag eine Reichskonferenz nach Berlin einberufen, über deren Vorgeschichte das hiesige Spartakusblatt in seiner Nummer folgendes berichtet:

Vor kurzem hat eine Sitzung des Parteivorstandes der U. S. P. stattgefunden, in der die Frage der Nationalversammlung behandelt und dabei beschlossen worden ist, zwar der Nationalversammlung zuzustimmen, jedoch deren Einberufung nicht vor April zuzulassen.

Darauf beriet nun der „Rat der Vollbeauftragten“, die beauftragten sechs Mann, über die Sache. Und hier wurde die Einberufung der Nationalversammlung für den 16. Februar, nicht wie Paris auf der Smser Tagung der Soldatenräte der Fronttruppen berichtet hatte, mit 4 gegen 2 Stimmen, sondern mit 5 gegen 0 Stimmen, d. h. gegen eine Enthaltung, beschlossen. Also von den drei Unabhängigen des Sechsmänner-Rats sind zwei direkt ungenutzt und haben gegen den eigenen Beschluß des eigenen Parteivorstandes gestimmt und der Dritte hat sich in eine Kasse verwandelt!

So verdanken wir den Beschluß der Wahlen zur Nationalversammlung zum 16. Februar den Goose-Dittmann-Partei, denselben Männern, deren Organ die „Freiheit“ nicht einbringlich genug wiederholen konnte, wie wichtig es sei, die Nationalversammlung nicht zu überstürzen. Und so führen die Mitglieder des Parteivorstandes ihre eigenen Beschlüsse in den wichtigsten Fragen aus!

Die Einberufung des Parteitag der U. S. P. ist nun so dringlich geworden, daß sich die Herren im Parteivorstand damit befaßt haben. Und was beschlossen sie?

Den Parteitag vorläufig und namentlich vor dem Zusammentritt des Zentralkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte nicht einzuberufen, hingegen eine „Reichskonferenz“ der Partei nach Berlin zusammenzutrommeln! Dieser schöne Beschluß ist von der obersten Parteibehörde zunächst über den Kopf der radikalen Mitglieder des Parteivorstandes hinweg gesetzt worden. Erst auf energischen Einspruch der also ausgeschalteten fand eine erneute Beschlussefassung statt, bei der die Radikalen richtig durch die Haase-Deute überstimmt worden sind.

Das Spartakusblatt fordert schnelle Einberufung eines Parteitags. Seine Darstellung der bisherigen Vorgänge, mag sie auch im Interesse der Spartakisten gefärbt sein, zeigt jedenfalls, mit wie großen inneren Schwierigkeiten die Partei der Unabhängigen zu kämpfen hat.

In der heutigen Nummer der „Freiheit“ wendet sich Karl Kautsky mit folgenden ausgezeichneten Worten gegen die Spartakusgruppe:

Am Tage nach einer Revolution der Arbeiter, die mit einem Aufbruch zwei Dutzend Regierungen umwirft in einem Lande, in dem das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung bildet, verzweifelt eine sozialistische Partei daran, die Massen zu gewinnen und die Mehrheit für die Nationalversammlung zu erobern. Sie verzweifelt daran, sich im Kampf der Geister in einer Arena zu behaupten, zu der alle Parteien und Klassen zugelassen werden.

Ein gedehntes Armutsgeld kann jene Partei sich selbst nicht ausstellen. Wir haben ein besseres Vertrauen zu unserer Sache, die Masse des Volkes steht zurzeit auf der Seite des Sozialismus. Sie hat alles Vertrauen zu den Parteien verloren, die bisher regierten. Von uns erwartet sie die Rettung, die ökonomische Rettung. Das ökonomische Interesse wird die ganzen kommenden Monate, so viele Jahre beherrschen. Und darum verlangen die Massen nach einem aufbauenden Sozialismus, nicht nach Verewigung der Unruhe, nicht nach Verlängerung des Krieges durch Bürgerkrieg.

Von unserer Haltung hängt alles ab. Die Nationalversammlung ist auf dem Marsch und nichts vermag sie aufzuhalten. Die Sozialisten, die sich ihr entgegenstellen, können nur eines erreichen: die Verkleinerung der sozialistischen Mehrheit in ihr. Die Schuld dieser Sozialisten wäre es, wenn die Nationalversammlung gar eine gegenrevolutionäre Mehrheit aufstiehe.

Gerade weil diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, müssen wir um so dringender fordern, daß an Stelle des Kampfes gegen die Nationalversammlung der Kampf um sie mit voller Kraft aufgenommen wird.

Notizen.

— Expressionistische Internationale. Die seit neun Jahren im Sturm vereinigten Künstler haben sich unter dem Namen „Internationale Gruppe der Expressionisten, Kubisten und Futuristen“ organisiert. Zweck der Organisation ist, die neue Gestaltung des öffentlichen Kunstlebens im Geiste der neuen Kunst-Geschichtshalle: Berlin W. 3, Potsdamer Str. 134a.

— Flugblätter zur neuen Zeit liest Eugen Diederichs Verlag erscheinen, vierseitige Blätter in Buchformat, in denen die idealistischen Tatkrafter und Leidbrüder dieses Jahreser Verloges in Aufsätzen und Denksätzen sagen, was sie dem deutschen Menschen dieser Tage raten und was sie von ihm fordern. Die ersten elf Blätter sind in den Wochen erschienen, als die revolutionären Entscheidungen rief und gepflicht wurden. Das gibt ihnen die Entschiedenheit und Bedeutung.

In den ersten Blättern finden sich Savonarola-Worte, in denen Selbstprüfung gepredigt und der „Ruf zur eigenen Umgestaltung“ als nächstes Ziel aufgestellt wird. Carl Hauptmann schreibt einen offenen Brief, der Wilsons Nacht für die „wahre Gemeinheitsarbeit unter den Völkern“ ausruft. Ein „Beamtenpiegel“ glaubt die Zeit eines Aufsteigens vom dumpfen Volkstreiben zum großen Verstand gekommen. Ernst Fried entwickelt Gedanken, die den Staat in das Volkstum versetzen und auf dessen organische Gliederung begründen. In den Gewerkschaften sieht er reifere Gebilde, die anderen Körperschaften des Volkes Vorbild sein können. Arbeiterblätter wie Versh und Wäcker sprechen in wichtigen Versen von Demokratie und Revolution, und der Besieger selbst verkündet zu der Frage: „Wo wird geschafft, wird das im rechten Geist geirrt?“ als sein Ziel.

Wir müssen den Volkswort organisch aus den Bedürfnissen der geistigen Individualität heraus in genossenschaftlichen Organisationen aufbauen.“ In diesem Ziel liegt das Programm seiner Lebensarbeit überhaupt angedeutet.

— Im Zeichen der Revolution steht die neue Nummer des „Simplicissimus“. Die besten zeichnerischen Kräfte wirken zusammen: Schulz, Hone, Klee, Thoms. Beste satirische Kraft haben Arnolds zwei Bilder „Revolutionsergewinnler“. Gullbransson porträtiert „Auri Simoni L.“, der mit gekammelter Dürre den hohelassen Löwen betreibt. Peter Ecker schreibt Verse von einem Strahlgewitter:

Koch war ein wildes Weizen,
und Schiffe fielen dann und wann,
da kam er mit der Karre an,
mit Scheffel und mit Besen.

Er sah auf seinen Apparat,
als ob er überlegte,
dann leg' er los und legte,
am Anfang war die Tat.

— Theater. Im Deutschen Theater wird die Verfassung vom Tolstois „Und das Licht scheint in der Finsternis“ voraussichtlich in der nächsten Woche stattfinden.

Plebizit für die Regierung!

Ein Vorschlag.

Unter dem Vorwande, daß in Deutschland keine anerkannte Regierung bestehe, droht die Entente, uns von der Friedenskonferenz auszuschließen.

Im roten "Tag" fordert der Professor Karl Binding als Notbehelf die Einsetzung einer Reichsverweserschaft durch den (nicht mehr existierenden) E. R. Bundesrat und Reichstag. Natürlich wäre das eine gegenrevolutionäre Lösung des Problems.

Aber nichtsdestoweniger besteht die Notwendigkeit, daß wir schon vor dem frühestens Ende Februar zu erwartenden Zusammentritt der Nationalversammlung der Regierung eine feste und einwandfreie Grundlage geben, daß wir die sechs leitenden Männer, die unsere Reichsverweser sind, zu „Volksbeauftragten“ im wahrsten Sinne des Wortes machen.

Als revolutionäres Mittel hierzu schlage ich vor das Plebiszit, die Volksabstimmung. Die zu stellende Frage wäre etwa folgendermaßen zu formulieren:

Ist das deutsche Volk damit einverstanden, daß die Regierung Eberl-Haase bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung die Geschäfte des Reiches leitet, insbesondere die Friedensverhandlungen mit unseren Gegnern führt? — Antwort: ja oder nein.

An der Abstimmung nehmen teil alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen. Sie geschieht ohne Aufstellung von Wählerlisten nach dem Verfahren, das Genosse Scheidemann hier vorgeschlagen hat. Nur vereinfacht dieses sich noch ganz bedeutend, denn es brauchen keine Wahlvorschläge mehr eingereicht zu werden, sondern die Regierung läßt einfach Stimmzettel drucken, auf denen ja und nein steht.

Auf diese Weise ist es möglich, in aller kürzester Zeit die Regierungsgewalt in Deutschland auf eine Grundlage zu stellen, die auch von unseren Feinden anerkannt werden muß. Für die Parteien bedeutet diese Art der Abstimmung kein Opfer, denn es gilt ja nur, ein Probatorium von wenigen Wochen zu bestreiten, das ohne diese Abstimmung ja ohnehin in Kraft bleiben würde. Es handelt sich bei der Abstimmung nicht um die Frage, ob jemand die jetzige Regierung dauernd wünscht, sondern nur darum, ob er sie mangels einer sonst vorhandenen Staatsgewalt bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung mit der Führung der Reichsgeschäfte betrauen will.

Nach glaube daher, daß diese Abstimmung niemandem irgendwie schaden, der Sache Deutschlands aber unendlich nützen würde, und bitte daher die Öffentlichkeit, diesen Vorschlag ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Erich Ruttner.

Die Sozialisationskommission hat sich gestern nach langer Geschäftsbesprechung auf Montag vertagt. Es handelt sich vor allem um die Frage, ob sie als eine Sonderauswahlskommission der Regierung oder als freie Kommission zu betrachten sei. Die letztere Auffassung war die überwiegende.

Gewerkschaftsbewegung

Die Generalkommission der Gewerkschaften tritt für die ausländischen Arbeiter ein.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat an den Rat der Volksbeauftragten folgendes Schreiben gerichtet: Bei der jetzigen Umstellung des Wirtschaftslebens haben sich für die in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter Ungleichheiten ergeben, auf die die unterzeichnete Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Rat der Volksbeauftragten mit dem Ersuchen aufmerksam macht, eine schlaunige Regelung herbeizuführen.

Der dänische Gesandte in Berlin, Graf Moltke, hat sich an die Generalkommission gewandt mit dem Hinweis darauf, daß dänischen Arbeitern, die seit langen Jahren in Deutschland anständig und rechtlich behandelt wurden, Arbeit in ihrer Heimat zu suchen, unser Land also zu verlassen. Die beigefügte Anlage 3 enthält eine Bekanntmachung, die die Direktion der Norddeutschen Metallwerke in Berlin im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuss und Arbeiterrat im Betriebe angeschlagen hat und in der unter 1 die im Betriebe beschäftigten Ausländer aufgeführt werden, sich möglichst wieder eine Beschäftigung in ihrer Heimat zu suchen.

Wegen dieser Praxis erheben wir Einspruch. Es darf nicht das Ergebnis der Revolution sein, daß die Freizügigkeit aufgehoben wird und ausländische Arbeiter, die in Deutschland bis jetzt ihr Brot fanden, nunmehr über die Grenze abgeschoben werden. Der dänische Gesandte weist in seinem Schreiben an und mit Recht darauf hin, daß in Dänemark auch sehr viele deutsche Arbeiter anständig sind und daß die dänische Regierung schließlich genötigt werden könnte, gegen diese Arbeiter in der gleichen Weise vorzugehen, wie es hier in einzelnen Fällen bereits geschehen ist.

Eine weitere telephonisch übermittelte Nachricht der dänischen Gesandtschaft geht dahin, daß dänische Arbeiter, die während des Krieges in der hiesigen Industrie beschäftigt waren und nun bei der Demobilisierung arbeitslos werden, auf Schwierigkeiten stoßen, wenn sie ihre Pässe für die Heimreise nach Dänemark bitten haben wollen. Auf dem Berliner Polizeipräsidium soll von ihnen der Nachweis der bis zum Tage der Abreise bezahlten Steuern verlangt worden sein, bevor der Sichtvermerk ausgestellt werden könnte. Möge ein formales Recht dieses Verlangen begründen, so halten wir es doch für unzulässig, diese Forderung zu stellen. Wenn die Leute aus unserem Lande abreisen wollen, dürfen ihnen keine Schwierigkeiten bereitet werden, denn wir haben zurzeit selbst ein Interesse an der Entlastung des Arbeitsmarktes. Die Steuerleistung darf aus sozialen Gründen nicht als Bedingung für die Abreise angeführt werden. Die eventuellen Erparnisse der Leute werden bei dem jetzigen schlechten Stande unserer Valuta verwindend, wenn sie in ausländischer Währung umgerechnet werden, und die Leute haben, wenn sie in der Heimat angelangt sind, mit einer längeren oder kürzeren Periode der Arbeitslosigkeit zunächst zu rechnen. Es wäre deswegen im höchsten Grade unsozial, wenn man ihnen hier die Steuern bis zur Abreise in Anrechnung bringt, bevor der Sichtvermerk ausgestellt wird. Wir haben diesen letzten Fall bereits dem Ministerium des Innern in Preußen, s. D. des Herrn Eugen Ernst, mitgeteilt, halten es aber dennoch für notwendig, daß seitens der Reichsregierung eine Anweisung ergeht, die im ganzen Reich Verwirklichung findet. Ergebnis:

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 9. C. Legien.

Auch uns sind vor einigen Wochen bereits ähnliche Klagen zugegangen und es ist daher der Schritt der Generalkommission nur zu begrüßen.

Achtung, Dachbeder! Laut Beschluß der Tarifkommission beträgt die Arbeitszeit vom Sonnabend, den 7. Dezember, 8 Stunden. Der Lohn wird auf 2,20 M. pro Stunde festgesetzt. — Die Arbeitsvermittlung findet nur noch dem paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Gormannstr. 30 II, aus statt.

Groß-Berlin

Spektakelbund.

Gerein, herein in unsern Bund! Bei uns da wird gebadet. Den Magen, der euch bald verschlund, könnt ihr jetzt voll euch faden.

Wir rühren euch den Phrasendrei; genießt ihn mit Behagen! Doch, daß er auch recht schmackhaft sei, wird Schaum dazu geschlagen.

Wenn euch auch dies noch nicht genügt — wir können weiter dienen. Es wird was Feines zugesüßt: Wir haben große Rosinen!

Wie? Was? Verdammte, ihr wollt ihn nicht, den schönsten aller Kuchen? Auch nicht den Haler, der uns nicht? Ja Bourgeois! Ja Eunuchen!

Pantchen.

Öffentliche Kundgebung für die Nationalversammlung.

Die sozialdemokratische Partei Groß-Berlins eröffnet den Wahlkampf. Am kommenden Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, findet in 13 der größten Säle eine öffentliche Kundgebung für die Nationalversammlung statt. Folgende 26 Redner bzw. Rednerinnen werden über das Thema „Sozialismus und Demokratie“ sprechen: Erwin Barth, Bauer, Braun, Breuer, Ebert, Emmel, Ernst, Hedemann, Heilmann, Heine, Hirsch, Fr. Juchacz, Kayenstein, Krüger, Landberg, Gertrud Lobach, Lüdemann, Nollensbühr, Pirus, Scheidemann, Schmidt, Schulz, Stücken, Fr. Tielhaber, Weis, Wally Zepher. In alle Arbeiter, Angestellten und Beamten ergeht die Aufforderung, in Massen zu erscheinen. Auf die Teilnahme der Soldaten und Frauen wird besonders geteilt. Näheres wird morgen im Anzeigenteil bekanntgegeben.

Sprengung der Mariendorfer Gemeindevertretung.

Die zu gestern einberufene Gemeindevertretung hatte eine umfangreiche Tagesordnung, unter anderem Einführung des Achtstundentages, Erwerbslosunterstützung, Notstandsarbeiten, Besoldungsreform für Bureauhilfskräfte und Gemeindefunktionäre, Teuerungszulagen, Bewilligung von Mitteln für den Sicherheitsdienst und für den Arbeiterrat. Infolge der in den letzten beiden öffentlichen Versammlungen betriebenen Agitation der Spartakusfraktion unter Eberlein, die anberaumten Gemeindevertretersitzungen als nicht mehr zu Recht bestehend auseinandergelassen, war die Sitzung unter Zustimmung und Gegenzugung des Arbeiter- und Soldatenrats eingeleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die aus dem Felde heimgekehrten Vertreter vom Gemeindevorsteher Holle begrüßt; hierauf verlangte Waldheim als Vertreter des Arbeiterrats darüber Auskunft, wer die Soldaten und Sicherheitswache beordert habe. Der Bürgermeister erwiderte, daß er diese Anordnung gegeben hätte zum Zweck der allgemeinen Sicherheit, die nur vorübergehend wirken sollte. Waldheim protestierte im Namen des Arbeiterrats und unter allgemeiner Zustimmung des zahlreich erschienenen Publikums gegen eine derartige willkürliche Handlungsweise und verlangte, daß die Sache sofort nach Hause geschickt werde. Er appellierte an die Zuhörerschaft, die Ruhe zu bewahren und übernahm dafür die Verantwortung, daß keinem der Gemeindevorsteher etwas zu Leide geschehe. Hierauf erfolgte Eintritt in die Tagesordnung, und wurde Genosse Weber (N. S.) als Schöffe in sein Amt eingeführt. Für die finanzielle Beteiligung der Gemeinde an der Gesellschaft „Märkische Heimstätte“ und Siedelungsgesellschaft im Kreisje Zehlitz“ sollten 10 000 M. bewilligt werden. Bei dieser Gelegenheit machte der Gemeindevorsteher davon Mitteilung, daß die Gemeinde zwischen der Großbeerstraße und der Nollensbührer Chaussee ein Gelände zum Bau für 300 Wohnungen an eine Gesellschaft zur Verfügung gestellt habe. Die Zustimmung zur Verwirklichung der 10 000 M. konnte nicht erfolgen, da Eberlein im Saal erschien und dieses für die Spartakusleute das Zeichen war, die Sitzung zu sprengen. Aus der Mitte der Hörerschaft erhob sich der Ruf: „Wir haben unsere Zustimmung nur erteilt, daß die Sitzung die Bühne der Gemeindefunktionäre bewilligen soll; Ihr habt gar nichts mehr zu bestimmen!“ Auf dieses Signal härmte alles auf die Gemeindevorsteher ein und drängte nach vorn. Vom Arbeiterrat versuchte Genosse Brandt (N. S.) die Zuhörer zu beruhigen, wurde aber gar nicht angehört. Eberlein forderte nunmehr zur Ruhe und Besonnenheit auf; er verlangte, die Gemeindevorsteher sollten nach Hause gehen, da sie in Mariendorf nichts mehr zu sagen haben. Die Geschäfte und Besuche der Gemeinde werden vom Arbeiterrat erledigt. Schöffe Weber (N. S.) konnte sich auch kein Gehör verschaffen. Schöffe Raach (Bürgerlich) richtete einen Appell an die Versammlung, aber jede derbezügliche Auseinandersetzung war zwecklos; die Anwesenden wollten nichts weiter, als den Versammlungsbeschluß, Behinderung der ordnungswidrigen Erledigung der sehr wichtigen Punkte der Tagesordnung, in die Tat umsetzen. Dieses ist nun auch, trotz aller Bemühung von Seiten des bestehenden Arbeiterrats, gelungen. Die Sitzung wurde vom Gemeindevorsteher für aufgehoben erklärt. — Bemerkenswert sei noch, daß sich unter der Zuhörerschaft ein ganz Teil junger Mädchen und halbwüchsiger Jungen befand.

Von einer Lokalkorrespondenz wird dazu noch gemeldet: Das Resultat der Ansprache war, daß der Arbeiter- und Soldatenrat bekannt macht, daß er in seiner Gesamtheit das Vorgehen Eberleins auf das schärfste mißbilligt; daß er die Sprengung der gestrigen Sitzung als einen Fußstich der Spartakusgruppe betrachtet und nicht gesonnen ist, sich von dieser Gruppe vergewaltigen zu lassen. Durch den Vorstehen des Arbeiterrats Waldheim wurden noch im Laufe der Nacht das Ministerium des Innern und der Volksguardat von dem Vorfall benachrichtigt und Mißgefallen. Der Volksguardat wird heute einen Bevollmächtigten nach Mariendorf schicken, um die Angelegenheit zu untersuchen. Im Interesse der Gemeinde erklärt sich der Arbeiter- und Soldatenrat bereit, die Geschäfte so lange weiterzuführen, bis ein endgültiger Bescheid der Behörde erfolgt und evtl. das Ausschließen Eberleins aus dem Arbeiter- und Soldatenrat verfügt ist. Auch Bürgermeister Holle hat wegen der Vergewaltigung des Gemeindeparsaments Beschwerde beim Bezirkswahlamt eingeleitet.

Die Geschäftsstelle des Arbeiter- und Soldatenrats befindet sich im Rathaus, Zimmer 29. Sprechstunden von 8—1 Uhr.

Sitzung des Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrats. Noch stimmte in seinem Bericht als Mitglied des Volksguardat ausfälliges Mitglied über die Widerstände an, die sich den Arbeiten des Ausbaus entgegenstellten. Der Magistrat habe sich entschieden geweigert, ihnen Gehör und Stimme einzuräumen. Auch gegen die Mitwirkung in den Volksräten lehnten sich Magistrat,

wie, Begegnungsdeweise ebenfalls das Beschäftigte Personal auf. Mit dem Magistrat war auch keine Uebereinstimmung über die Richtlinien zu erzielen, nach denen das Mietseinerungsamt zu arbeiten habe. Das Amt vertrete die Auffassung, daß eine Mietserhöhung um 20 Proz. zulässig und angemessen sei, wogegen der Ausschuss wolle, daß keinerlei Steigerung eintrete und daß Ermittlungen unstatthaft sein sollen.

Beantragt wurde ferner, den Demobilisationsausschuss anzuweisen, die zurückkehrenden Soldaten nicht zu entlassen, damit die Familie im Genuß der Kriegunterstützung bleibt. Um Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, sollen Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden unter gleichzeitiger Einführung von Schichtwechsel. Frauen von Kriegsteilnehmern, deren Männer zurück und in Arbeit sind, sollen entlassen werden.

Sachmünd griff den Volksguardat an, weil er sich dem Magistrat gegenüber nicht energisch genug gezeigt habe und so zu keiner positiven Arbeit habe kommen können. Keine Verordnung des Magistrats dürfe hinausgehen, ohne vom Volksguardat genehmigt zu sein. Er bedauere auch, daß nicht schon längst die Enteignung der Hausbesitzer durchgeführt sei.

Günter ist gleichfalls für härteres Vorgehen. Der A. und S.-Rat dürfe sich den Teufel darum kümmern, ob irgendein Ministerium es billigt oder nicht, er müsse sich unter allen Umständen dem Magistrat gegenüber durchsetzen.

Ein Antrag, dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister je einen Beigeordneten zur Seite zu stellen, sowie ein weiterer Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Gehälter, wurden der Verfassungskommission überwiesen, die gebildet wurde, um eine Verfassung für den A. und S.-Rat auszuarbeiten.

Einen anderen Antrag, in dem gefordert wurde, der A. und S.-Rat möge sich mit der Markierung seiner Rechte gegenüber der Neuköllner Soldatenwehr befassen, vertagte man auf die nächste Sitzung, weil noch Verhandlungen schweben.

Neue Seife im Januar! Auf Grund der Bekanntmachung über einmalige Sonderabteilung von A.-Seife vom 20. November 1915 dürfen auf den Januarabchnitt der laufenden Seifenkarte einmalig statt 50 Gramm 100 Gramm A.-Seife verabfolgt werden.

Eine Bande schwerer Einbrecher, bestehend aus fünf Männern und deren Geliebten, wurden in einem Hotel in der Dickenstraße festgenommen. Die Betreffenden hatten es hauptsächlich auf Juweliere abgesehen, wie die Goldfäden beweisen, die bei der Verhaftung vorgefunden wurden. Beim Verhöre ergab sich, daß zwei von ihnen, Soldaten, sich wiederholt gerührt hätten, sie hätten einen Koffer erschossen. Nach diesen Aufregungen hätten die Weiden in der Nähe des Schlosses, etwa acht Tage nach Ausbruch der Revolution, einen Einbruch in ein Seidenwarengeschäft verübt. Auf der Straße wurden sie mit ihrer Beute von zwei berittlenen Kavalieren angehalten. Diese forderten sie auf, vor den Pferden her nach der Wache zu gehen. Als ein Pferd scheute, kam einer der Verhafteten hinter die Patronelle, schoß auf einen der Kavalieren und traf ihn so schwer, daß er tot vom Pferde fiel. Kurz nach ihrer Verhaftung wurden die beiden Einbrecher, wie sie behaupten, damals wieder entlassen. Vielleicht handelt es sich um den erschossenen Kavalieren, der zunächst unbekannt auf dem Friedhof im Friedrichshain beerdigt und erst nachträglich festgestellt wurde.

Frauenvortrag. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltete heute, abends 6 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses einen großen öffentlichen Vortrag mit Lichtbildern für Frauen und Mädchen. Herr Stadtrat Dr. Nischmann wird über „Verstärktes Leben über das Geschlechtsleben“ sprechen. Der Eintritt ist frei.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten veranstaltet am Sonntag, den 8. 9 Uhr vormittags, im Stadttheater Roabit, No. 87, Roabit 47/48, eine Mitgliedsversammlung, in der über Höhe und Umfang der von ihm in der jetzigen Zeit gegenüber den Unternehmern anzustellenden Forderungen gesprochen werden soll.

Ein Druckfehler ist in unserem Bericht über die Versammlung der Kriminalbeamten (Morgenblatt 885 vom 6. Dezember) zu berichtigen. Polizeipräsident Eichhorn hat in seinen Ausführungen gegen den Mißbrauch der Kriminalpolizei zu politischen Zwecken gesagt, daß allerdings der Verfolgung (nicht: Befolgung) einer Aufforderung zum Mord — gleichgültig, ob sie sich gegen Liebhaber oder Hindenburg oder sonstige richtet — nicht als „politisch“ anzusehen sei.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Wahlkreis Niederbarnim. Die für Sonnabend, den 7., angekündigte Kreisversammlung findet im Sitzungssaal des Parteivorstandes, 1. Hof, Eingang 2, vierte Etage, statt. Ihr geht eine Vorstandssitzung voraus, die um 6 Uhr, Lindenstr. 114, stattfindet.

Letzte Nachrichten.

Die Finanzlage des Reichs.

Die Ausgaben der A. und S.-Räte.

Staatssekretär Schiffer wird in den nächsten Tagen einen Vortrag halten, in dem er die gesamte Wirtschaftslage des Reichs behandeln will.

Wegen der Kollis der „F. F. M.“, die übrigens nicht offiziell sind, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten 14 Tagen 800 Millionen Mark herausgabten, ist von verschiedenen Arbeiter- und Soldatenräten gegen Redaktionen eine Art Zeugniszwangsverfahren eröffnet worden. Das gleiche ist geschehen wegen anderer Notigen, die sich mit den Arbeiter- und Soldatenräten beschäftigten. Mit der vollständigen Pressefreiheit, die von der Reichsleitung verkündet worden ist, ist ein derartiges Vorgehen nicht vereinbar. Die Arbeiter- und Soldatenräte müssen einsehen, daß die Behelligung der öffentlichen Kritik ein Mittel der alten Machthaber ist, dessen Anwendung ihnen nicht würdig ist. Nicht auf diesem Wege, sondern nur durch Markierung der tatsächlichen Verhältnisse und öffentliche Zurückweisung ungeordneter Angriffe kann ihrer Sache gedient werden.

Die Ernährungskatastrophe in Oesterreich.

Wien, 6. Dezember. Das österreichische Reichsernährungsamt hat beschlossen, vom 8. Dezember ab keine Brotkarten mehr auszugeben.

Wilson gegen jeden Militarismus.

Amsterdam, 6. Dezember. Das neutrale Bureau meldet aus New York, daß Wilson vor seiner Abreise nochmals nachdrücklich erklärte, daß er gegen den Militarismus in jeder Form kämpfen werde. Die Beträumung des preussischen Militarismus betrachte er als den wichtigsten Teil seiner Aufgabe.

